

## EINE KRITIK DER *MARXISTISCHEN INITIATIVE*

Nachdem wir schon seit September 2005 Kontakte zur *Marxistischen Initiative* haben und an dem Vereinigungskonferenz vom 14. Januar 2006 als Gäste teilgenommen haben, entstand die Notwendigkeit, Schlussfolgerungen aus unseren Diskussionen und den uns vorliegenden programmatischen Texten und dem *Entwurf für ein marxistisches Aktionsprogramm*, welches auf dem Vereinigungskonferenz angenommen wurde, zu ziehen und unsere Kritik darzustellen. Das Ziel ist dabei, dass unsere Kritik zu einer konstruktiven Beziehung zwischen uns beiträgt. Nach einigen allgemeinen Bemerkungen wollen wir zuerst näher auf den angenommenen *Entwurf* eingehen und danach unsere Kritik an den dort enthaltenen Forderungen am Beispiel der Universitätsausbildung und der Migration näher darstellen. Zum Schluss sollen schließlich einige Bemerkungen zum Organisationsverständnis der *Marxistischen Initiative* gemacht und unsere Kritik daran dargestellt werden.

### I.

Während wir im allgemeinen sowohl mit den *Thesen zur Entwicklung des Kapitalismus in seiner Phase des Niedergangs* als auch mit den Prinzipien im Text *Wofür steht die Marxistische Initiative?* übereinstimmen, gibt es einige zentrale Punkte, die einer näheren Erläuterung bedürfen. So wird im Einklang mit anderen trotzkistischen Bewegungen, davon ausgegangen, dass das Programm der trotzkistischen Bewegungen im allgemeinen fortschrittlich sei. Ohne eine hinreichende Kritik an diesen Bewegungen auszuüben,<sup>1</sup> heißt es in den *Thesen*, die "erstaunliche Vitalität" der trotzkistischen Bewegungen sei "das Ergebnis des fortschrittlichen Charakters der programmatischen Traditionen, die die trotzkistische Bewegung trotz ihrer Schwächen verteidigt" habe. Während zwar das Scheitern dieser Bewegungen aufgrund des Imperialismus und des Stalinismus konstatiert wird,<sup>2</sup> fehlt jegliche Kritik der programmatischen Grundlagen dieser Bewegungen, ihrer Organisationen und ihrer Praxis. Es fehlt zum einen die Bemerkung, dass nicht die gesamte programmatische Tradition der trotzkistischen Bewegungen fortschrittlich ist, dass vielmehr eine große Anzahl von diesen Bewegungen sich dem Reformismus verschrieben hat. Es fehlt aber auch gleichzeitig der Hinweis darauf, dass es nicht allein die programmatische Grundlage einer Bewegung ist, welche ihre Qualität bestimmt, sondern die dialektische Beziehung zwischen Programm, Organisation und Praxis. Der Hinweis darauf, dass gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen auch trotzkistische Bewegungen Fehler gemacht hätten, es aber "aufgrund ihrer programmatischen Traditionen hätten besser wissen müssen"<sup>3</sup>, reicht alleine nicht aus. Die *Marxistische Initiative* behandelt die Problematik des Programms nicht im Kontext der dialektischen Beziehung zwischen Organisation/Bewegung und Praxis.

Weil sie das nicht tut, ist es damit auch leichter für sie, festzustellen, dass das politische Erbe der trotzkistischen Bewegungen, "einschließlich desjenigen der letzten Jahrzehnte für jeden Neuanfang unverzichtbar ist".<sup>4</sup> Eine Kritik, die für einen wirklichen Neuanfang von enormer

---

<sup>1</sup> es wird zwar auf das Sektierertum, auf die opportunistischen Tendenzen sowie auf die damit zusammenhängenden Spaltungen und Zersplitterungen hingewiesen, diese werden aber lediglich auf objektive Tatbestände zurückgeführt. Die subjektive Seite bleibt unbeachtet, vgl. *Thesen zur Entwicklung des Kapitalismus in seiner Phase des Niedergangs*, Schriftenreihe Marxistische Theorie und Politik, Nr.2, Berlin 2004, S. 18

<sup>2</sup> ebd., S. 18

<sup>3</sup> ebd., S. 24

<sup>4</sup> ebd., S. 18

Bedeutung wäre, ist dabei nicht in Sicht.<sup>5</sup> Der Hinweis darauf, dass neue “revolutionäre Parteien und die neu zu schaffende revolutionäre Internationale [...] nicht ohne große Teile der trotzkistischen Bewegung und ohne ein Anknüpfen an deren politischen Traditionen aufgebaut werden” kann,<sup>6</sup> lässt zwar ahnen, dass man nicht alle trotzkistischen Bewegungen in den gleichen Topf wirft, gibt aber auf die Frage nach den Kriterien, die die “großen Teile” von den “kleinen Teilen” trennen, keine ausreichende Antwort. Den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit einer “neu zu schaffende[n] revolutionären Internationale”<sup>7</sup> und der Notwendigkeit, dass “große Teile” der trotzkistischen Bewegungen, die ohnehin schon Teil bestehender internationaler Organisierungen sind, Teil dieser neuen revolutionären Internationale sein sollen, ist die *Marxistische Initiative* nicht willens zu lösen. Wenn eine neue revolutionäre Internationale geschaffen werden soll, ein großer Teil der trotzkistischen Bewegungen, die sich ohnehin in existierenden Internationalen befinden, Teil dieser neuen Internationale werden sollen, dann kommt man nicht umhin, eine Kritik dieser vorhandenen Internationale und der ihnen angehörenden Bewegungen zu vollziehen. Eines der Aufgaben eines Programms einer Bewegung sollte schließlich darin bestehen, dass es nicht nur die Möglichkeit einer gemeinsamen Handlung aufzeigt, sondern auch darin, dass es zeigt, worin es sich von den anderen Programmen und damit auch von den anderen Bewegungen unterscheidet.

## II.

Der auf dem Verinigungskonferenz angenommene *Entwurf für ein Marxistisches Aktionsprogramm* der *Marxistischen Initiative* erscheint für uns in mehrerer Hinsicht problematisch.

Im Übergangsprogramm der Vierten Internationale heißt es kurz und prägnant: “Man muß den Massen im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zwischen ihren augenblicklichen Forderungen und dem sozialistischen Programm der Revolution zu finden. Diese Brücke muß aus einem System von *Übergangsforderungen* bestehen, die von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewußtsein breiter Schichten der Arbeiterklasse ausgehen und stets zu ein und demselben Schluß führen: die Machteroberung des Proletariats.”<sup>8</sup> In unserer Broschüre vom Dezember 2004 schrieben wir bezüglich der Perspektive des Übergangsprogramms folgendes:

“Das Übergangsprogramm sieht bei der Herstellung des Programms und der Forderungen vor, dass die Probleme der kapitalistischen Gesellschaft an die proletarische Revolution angebunden werden. In diesem Sinne unterscheidet es sich von der Auffassung der Revolution in Etappen. Das letztere unterscheidet bei ihrem Programm zwischen Minimal- und Maximalprogramm. Während das erste bis zur Revolution verwirklicht werden soll und Probleme enthält, die vor der Revolution vorherrschen und für diese Probleme Lösungen vorschlägt, die innerhalb des bürgerlich-demokratischen Rahmens gelöst werden können, soll das Maximalprogramm nach der Revolution verwirklicht werden und Lösungsvorschläge für die Probleme nach der Revolution enthalten. In

---

5 im Kontext der Problematik des Übergangsprogramms wird zwar in einem anderen Text das Problem behandelt. Aber auch hier steht „die Entwicklung der objektiven Weltlage“, die „das Festhalten an [einer] Konzeption [der Übergangsstrategie] extrem schwierig machte“, im Vordergrund und die subjektive Seite des Problems bleibt unterbeleuchtet, vgl. Dieter Elken, *Warum ein Übergangsprogramm? Überlegungen zum Zusammenhang zwischen dem Charakter der imperialistischen Epoche und einer Strategie des Übergangs*

6 *Thesen zur Entwicklung des Kapitalismus in seiner Phase des Niedergangs*, S. 18

7 sind z.B. demnach die bestehenden Internationale nicht revolutionär? Wenn ja, aufgrund welcher Kriterien sind sie das nicht? Dies wäre schließlich auch der Ausgangspunkt für die Begründung der Schaffung einer neuen Internationale, welche die *Marxistische Initiative* jedoch nicht liefert

8 Leo Trotzki, *Der Totenkampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale*, Essen 1997, S. 86

dieser Form fassen die Verteidiger der Revolution in Etappen die Revolution als voneinander getrennte Prozesse auf. Sich aber das Übergangsprogramm anzueignen, bedeutet, die Klassenwidersprüche als die Ursache all der heutigen Probleme aufzuzeigen. Während das Programm der Revolution in Etappen ein Resultat der Auffassung von der Revolution in Etappen ist, wird das Übergangsprogramm von denjenigen verteidigt, die sich die Perspektive der permanenten Revolution angeeignet haben.”

Obwohl die *Marxistische Initiative* an anderer Stelle auf das Übergangsprogramm und auf ihre Notwendigkeit eingeht,<sup>9</sup> beinhaltet der angenommene *Entwurf* Minimal-, Maximal- sowie bürgerlich-demokratische Forderungen neben Übergangsforderungen und das ohne eine Beschreibung des Kontexts und der Bedeutung dieser Forderungen. Die Aneinanderreihung von diesen Forderungen spiegelt nicht die Perspektive des Übergangsprogramms und offenbart, dass das Programm nicht ein Resultat der Aktionen in den unterschiedlichen Bereichen ist. Genauso wichtig ist jedoch auch die Tatsache, dass das Programm mit ihren Forderungen in den Köpfen der ArbeiterInnen und der Unterdrückten Verwirrungen entstehen lassen würde. Dies drückt sich auch dadurch aus, dass auf der Konferenz die Frage von einem Mitglied ausgesprochen wurde, wie denn diese sehr unterschiedlichen Forderungen – manche der Forderungen könnten unmittelbar aber andere erst nach der Revolution verwirklicht werden – in Beziehung zueinander stehen. In diesem Rahmen könnte man sich vorstellen, welche für Verwirrungen diese Forderungen für die Arbeiterklasse bedeuten würde.

Während die erste und zweite Forderung im ersten Abschnitt Übergangsforderungen sind, ist die dritte eine Minimal- und die vierte eine Maximalforderung.<sup>10</sup> Wenn innerhalb der Arbeiterklasse nicht das entsprechende Bewusstsein vorhanden ist, ist es durchaus verständlich, dass diese Forderungen für sie eine Verwirrung darstellen: Entsprechend dieser Konstellation müssten die ArbeiterInnen, während sie für die Enteignung von Kapitalisten kämpfen, zugleich von ihnen einen Mindestlohn fordern. Auch wenn man mit der hier aufgestellten Forderung nach Enteignung nur auf bestimmte Unternehmen abzielt, so ist für uns die “einzelne” Enteignung bestimmter Unternehmen trotzdem problematisch. Wenn das Ziel darin bestehen soll, die kapitalistischen Verhältnisse mittels einer sozialistischen Revolution umzuwerfen, dann ist es offensichtlich, dass Enteignungen von bestimmten Unternehmen dafür unzureichend sind. Eine Grundbedingung der Revolution ist nicht nur eine Krise der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch die Organisiertheit der Arbeiterklasse. Was eine Enteignung bestimmter Unternehmen im Angesicht der Situation in Deutschland für Erfolge verspricht, bleibt für uns problematisch.<sup>11</sup>

Daneben sind eine Reihe von Forderungen unterbestimmt. So bringt z.B. die sechste Forderung die Verringerung der Arbeitszeit zum Ausdruck, ohne jedoch darauhinzuweisen, dass dies bei vollem Lohnausgleich und ohne Erhöhung der Arbeitsdichte erfolgen sollte, was wiederum dazu führt, dass sie nicht mehr einer Übergangsforderung entspricht.<sup>12</sup> Es ist aber auch daraufhinzuweisen, dass sowohl was die Gewerkschaften aber auch die Geschlechterproblematik sowie das Problem der Migration u.a. betrifft Probleme vorhanden sind. Nicht nur, daß die neunte Forderung bezüglich der Gewerkschaften z.B. keine konkreten Schritte zur Bekämpfung der Gewerkschaftsbürokratie aufweist (was die „Demokratisierung

---

9 vgl. z.B. Dieter Elken, *Warum ein Übergangsprogramm?*

10 im Rahmen dieser Schrift ist es nicht möglich auf alle Forderungen einzugehen. Deswegen begrenzen wir uns hier nur auf eine kleine Anzahl von Forderungen

11 wenn mit dieser Forderung auf die vorrevolutionäre Situation in Argentinien oder Bolivien Bezug genommen wird, dann ist eine Übertragung dieser Situation auf Deutschland höchst problematisch, weil hier eine ganz andere Situation vorherrschend ist

12 inwiefern dieser Vorschlag für die Ergänzung und eine Reihe anderer Vorschläge für andere Forderungen in das Programm aufgenommen bzw. abgelehnt wurden, steht für uns noch nicht fest

der Gewerkschaften durch ihre Mitglieder“ konkret bedeuten soll, wird nicht ausgeführt), sie erkennt auch die Tatsache, daß unter bestimmten Bedingungen auf die Gewerkschaften auch von außen Druck ausgeübt werden kann (z.B. durch Fabrikkomitees)

Weiterhin sind wir der Meinung, daß Forderungen wie z.B. die nach einer „strikte[n] Durchsetzung des Gleichheitsgrundsatzes für alle Menschen“, ein „elternunabhängiges, existenzsicherndes Ausbildungsgeld (Bafög) für alle Ausbildungsarten“ sowie „Sichere, gesunde und bezahlbare Wohnungen für alle“ einer klassenkämpferischen Perspektive nicht gerecht werden. In unserer Broschüre von November 2004 über die Arbeitslosigkeit schreiben wir:

„Anstatt Forderungen aufzustellen, die ‚alle‘ einbeziehen, stehen wir für eine Perspektive, die eine positive Privilegierung zugunsten der Arbeiterklasse bevorzugt. So verschleiern Forderungen wie z.B. ‚Kostenlose Bildung für alle, kostenlose Gesundheitsversorgung für alle‘ nicht nur die Ursache der ausgesprochenen Probleme (nämlich das Privateigentum), sie verschleiern auch das Subjekt (nämlich die Bourgeoisie), welches sich gegen die Verwirklichung solcher Forderungen stellt und erweisen sich damit als Hindernis für die Verdeutlichung der Klassengrenzen. Außer der Forderung nach ‚Arbeit für alle‘ haben wir keine Forderung, die ‚alle‘ umfaßt. Und diese Forderung selber nimmt den Klassenkampf zur Grundlage. Während sie zum einen auf die Notwendigkeit abzielt, eine Arbeitsmöglichkeit auch für Arbeitslose herzustellen, will sie aber gleichzeitig die Tatsache verdeutlichen, daß die Bourgeoisie, ohne selbst zu arbeiten, sich das gesellschaftlich Produzierte aneignet.“

In unserer Broschüre von Dezember 2004 schreiben wir weiter:

“Die Verteidiger der Revolution in Etappen handeln nach der Auffassung einer formalen Gleichheit. Doch die Erwartung eines gleichen Rechts zwischen den Individuen ist unter Bedingungen der Klassengesellschaft eine leere Illusion. Genau das bezweckt das bürgerliche Recht, indem es diese leere und formale Illusion der Gleichheit intensiviert und so die bürgerliche Diktatur legitimiert. Die Forderung nach gleichem Recht ist die naive Spiegelung der Illusion nach formaler Gleichheit auf die politische Arena. Dabei können unsere Chancen innerhalb der Klassengesellschaft nicht gleich sein, weil unsere Voraussetzungen nicht gleich sind. Und die gleiche Behandlung derjenigen, die nicht gleich sind, wird die größte Ungleichheit hervorbringen.

Die proletarischen Revolutionäre versuchen auf allen Gebieten die Klassenwidersprüche zu verdeutlichen. Deswegen fordern wir keine ‚Chancengleichheit‘, was das bürgerliche Recht legitimiert, sondern wir bringen Forderungen hervor, die zugunsten der Unterdrückten und Ausgebeuteten eine Ungleichheit beinhalten. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, das bürgerliche Recht zu legitimieren, sondern es durch das Aufzeigen all der Widersprüche faktisch zu verurteilen und aufzuheben. Der einzige Weg, das gleiche Recht unter den Menschen zu gewährleisten, ist die Aufhebung der Klassen. Dort, wo es noch Klassen gibt, Gleichheit zu fordern, ist die Verschleierung der unversöhnlichen Widersprüche.

Bei den gesellschaftlichen Ungleichheiten ergreifen die proletarischen Revolutionäre Stellung auf der Seite der Unterdrückten und versuchen, die Bewegungen der Unterdrückten und ihre Forderungen mit dem Kampf der Arbeiterklasse zusammenzubringen. Unsere Aufgabe sollte es sein, ihnen zu verdeutlichen, dass das Ende der Unterdrückung nur mit der Herrschaft der Arbeiterklasse beginnen wird, sich zu verwirklichen. Deswegen ist es ein wichtiger Schritt für die Schaffung des Programms, Forderungen bezüglich der Unterdrückungsverhältnisse herzustellen und einen Kampf zu führen, der sich auf dieses Gebiet bezieht.”

Abschließend bleibt also für uns offen, ob denn die *Marxistische Initiative* das “Problem” des Programms gelöst hat bzw. ob sie auf die Frage, wie ein Programm entsteht/enstehen soll, eine hinreichende Antwort gegeben hat. Es bleibt für uns aber auch offen, was denn nun ansteht, welche Schritte gemacht werden müssen, um die Arbeiterklasse zu organisieren. Zum

Schluss soll darauf hingewiesen werden, was in unserer Broschüre von Dezember 2004 steht: “Die Vorbereitungsphase der Partei ist zugleich ein Prozess, bei dem die programmatischen Grundlagen deutlicher werden. In dieser Phase bestimmt die Organisation die Grundlinien des Programms, indem dort wo man aktiv ist, entsprechend den Besonderheiten dieses Gebietes Politiken erzeugt werden und diese durch eine revolutionäre Praxis erprobt werden. Das Übergangsprogramm wird innerhalb der revolutionären Theorie und Praxis entwickelt und wird entsprechend ein dialektisches Werk der revolutionären Theorie und Praxis sein.” Ob nun die *Marxistische Initiative* mit ihrem Aktionsprogramm tatsächlich der “große[n] Kunst, [...] die jeweils richtigen Übergangsforderungen zu finden und weiterzuentwickeln”<sup>13</sup> gerecht wird, wird sich im Rahmen ihrer weiteren theoretischen und praktischen Arbeit zeigen.

Wir wollen nun unsere Betrachtungen in Bezug auf die Universitätsausbildung sowie auf die Migration näher erläutern, um unsere Kritik an den Forderungen der *Marxistischen Initiative* in diesen Bereichen besser darzustellen.

## 1. Bildung

Wie wir schon oben erwähnt haben, sind wir der Meinung, dass Forderungen, die sich auf “alle” beziehen, die Perspektive des Klassenkampfes verschleiern. Dies wollen wir nun hier am Beispiel konkret darstellen.

Wir gehen davon aus, daß die Universitäten in einer kapitalistischen Gesellschaft vier zentrale Funktionen erfüllen. *Erstens* dienen die Universitäten der kapitalistischen Gesellschaft zur Herstellung der notwendigen qualifizierten Arbeitskräfte.<sup>14</sup> Ohne daß eine absolute Trennung besteht, dienen die wirtschaftlichen und naturwissenschaftlichen Einrichtungen der Universitäten hauptsächlich zur Produktion von Arbeitskräften, die bis zu Managern reichen und für den Produktionsprozess von zentraler Bedeutung sind, während sozial- und geisteswissenschaftliche Einrichtung vor allem zur Produktion von Arbeitskräften dienen, die in der Sphäre der bürgerlichen Ideologie benötigt werden, so z.B. LehrerInnen oder aber auch SozialarbeiterInnen, deren Aufgabe in der Vermittlung von Denk- und Verhaltensnormen besteht, die für die kapitalistische Gesellschaft von enormer Bedeutung sind. Reproduktion und Verbreitung der herrschenden bürgerlichen Ideologie sind von entscheidender Bedeutung.

Die Universitäten der kapitalistischen Gesellschaft dienen *zweitens* zur Reproduktion der herrschenden Ideologie. Kernpunkt der ideologischen Reproduktion ist die Aufrechterhaltung und Optimierung des kapitalistischen Systems, wobei für die unvermeidlichen gesellschaftlichen Widersprüche Lösungen im Rahmen des Kapitalismus angestrebt werden. Als eine Folge der internationalen Arbeitsteilung im kapitalistischen System findet die ideologische Reproduktion im wesentlichen in den imperialistischen Ländern statt. Ihre Verbreitung über die imperialistischen Länder hinaus erhält die Form einer Übersetzung dieser Ideologie entsprechend den landesspezifischen Bedingungen. Die ideologische Reproduktion an den Universitäten der nicht-imperialistischen Länder hat dabei auch die Aufgabe, die offizielle Ideologie der betreffenden Nationalstaaten zu reproduzieren und gegebenenfalls den Umständen anzupassen (z.B. die kemalistische Ideologie in der Türkei).

*Drittens* ermöglichen die Universitäten der kapitalistischen Gesellschaft die erforderliche technische Erneuerung und Entwicklung. Um ihr Profit in allen wirtschaftlichen Bereichen zu

---

<sup>13</sup> Peter Feist, *Über den dialektischen Zusammenhang von Führung, Partei und Massen*, in: Schriftenreihe Marxistische Theorie und Politik, Nr.1, Berlin 2004, S. 124

<sup>14</sup> wobei der durch den Markt vermittelte Gebrauch dieser Arbeitskräfte nicht immer vorsieht, daß auch einer Beschäftigung nachgegangen wird, die den erworbenen „Qualitäten“ entspricht

erhöhen, ist die Bourgeoisie auf eine hoch entwickelte Technologie angewiesen, deren Entwicklung jedoch einer wissenschaftlichen Produktion bedarf. Neben der Kapitalakkumulation spielen die Universitäten eine zentrale Rolle z.B. für die Kriegsindustrie und die Weltraumforschung, die in den imperialistischen Ländern einen sehr hohen technologischen Entwicklungsstand aufzeigen. Hier ist auch die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften zu verorten, für deren Anwerbung die imperialistischen Länder in einem Wettbewerb zueinander stehen.

Die Versteckung der Arbeitslosigkeit ist schließlich die *vierte* zentrale Funktion der Universitäten innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft. Die Verortung der Studierenden außerhalb der Sphäre des Produktionsprozesses zieht die Arbeitslosenrate herunter.<sup>15</sup> Zugleich aber müssen Studierende, die ihren Lebensunterhalt und ihr Studium selbst finanzieren müssen, meistens als billige Arbeitskräfte herhalten.

Wir können nun an den letzt genannten Punkt anschließen und nach der Klassenlage der Studierenden fragen. Da es sich beim Studium um eine Phase handelt, die zwischen der elementaren Ausbildung und der Einbeziehung in die Produktionsverhältnisse zu verorten ist, ist eine Bestimmung der Klassenlage der Studierenden als ganzes nicht möglich. Die Bestimmung der Klassenlage erschwert sich zudem dadurch, daß innerhalb dieser Sphäre durchaus Klassenverschiebungen stattfinden können. Da es sich aber bei den Studierenden nicht um eine homogene Masse handelt, ist die Bestimmung der Klassenlage derjenigen Studierenden, die in die Produktionsverhältnisse eingebunden sind, möglich. D.h. daß sich die Klassengesellschaft auch in der Gruppe der Studierenden widerspiegelt, daß also die Studierenden nicht einer Sphäre angehören, die in keinem Zusammenhang zur Klassengesellschaft steht. Als Beispiel hierfür können Studierende angeführt werden, die um ihren Lebensunterhalt aber auch ihr Studium zu finanzieren, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, aber auch Studierende, die während ihres Studiums ein Unternehmen besitzen.

Die obigen Ausführungen erlauben damit nicht nur die Notwendigkeit einer Politik an den Universitäten, sie zeigen auch den Weg, wie diese Politik an den Klassenkampf angebunden werden könnte. Dabei sollen sowohl die oben ausgeführte Darstellung als auch die unten dargestellten Forderungen nicht ausschließen, daß an den Universitäten keine Möglichkeit für eine kritische Wissenschaft besteht. Vielmehr hat die Entwicklung in den imperialistischen Ländern im Rahmen einer „demokratischen Universität“ nicht nur die Beteiligung der Studierenden an der Verwaltung der Universität, sondern auch die Entstehung einer kritischen Wissenschaft ermöglicht. Während aber die Beteiligung an der Verwaltung der Legitimierung des bestehenden Systems dient, weil sie auf Lösungen innerhalb des Systems hindeutet, mußte die kritisch Wissenschaft, außer bestimmten Perioden, die durch gesellschaftliche Krisen gekennzeichnet waren, marginal bleiben. Darüber hinaus weist auch die Entwicklung einer kritischen Wissenschaft innerhalb der Universitäten nicht nur darauf, daß auch hierdurch das bestehende System legitimiert wird, weil es eben so dargestellt wird, daß es auch kritische Wissenschaft einbeziehen kann, sondern die Entwicklung einer kritischen Wissenschaft ist auch zugleich dadurch gekennzeichnet, daß sie konsequent die revolutionäre Seite der kritischen Wissenschaft beschneidet. Die Anzahl kritischer WissenschaftlerInnen, die nicht nur auf die Notwendigkeit einer revolutionären Überwindung der kapitalistische Gesellschaft hindeuten, sondern auch praktisch dazu beitragen wollen, tendiert gegen null.

---

<sup>15</sup> einem Artikel aus einer bürgerlichen Zeitung zufolge soll eine noch unveröffentlichte Studie belegen wie der deutsche Staat seit den 70er Jahren die Studentenzahlen erhöht, um die Arbeitslosigkeit zu verstecken, vgl. „Bildungsexpansion als Trickbetrug“, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 23. April 2006, S. 76

Einige Forderungen, die man aus dem oben geschriebenen herleiten kann, wären:

- In einer Klassengesellschaft kann die Erziehung/die Ausbildung/das Studium nicht klassenübergreifend sein. Diese Sphären gestalten sich entsprechend den Vorstellungen/Interessen der herrschenden Klassen und reichen von der Herstellung der notwendigen Bedingungen für die kapitalistische Produktionsweise bis zur Vermittlung bestimmter Denk- und Verhaltensweisen, die systemstützend sind. Eines der hauptsächlichen Ziele des bürgerlichen Bildungswesens ist die Herstellung von systemkonformen Studierenden, die die kapitalistische Gesellschaft nicht in Frage stellen. Unser Ziel sollte dementsprechend darin bestehen, nicht an der Verwaltung der Universitäten teilzunehmen, sondern die aktive Kontrolle über diese Einrichtungen herzustellen. Dies beinhaltet nicht nur die Forderung nach einer Offenlegung von geheimen Verwaltungsunterlagen und die inhaltliche Kontrolle des Lehrplans sowie dessen Kritik, sondern auch die Herstellung von Alternativen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Herstellung der Verbindung zwischen Bildungs- und Produktionsprozess in Form von polytechnischen Bildungseinrichtungen. Also lautet unsere Forderung: *Gegen das bürgerliche Bildungswesen! Für polytechnische Bildungseinrichtungen!*
- Zunehmend werden die Erfolgchancen von Studierenden daran geknüpft, ob sie bestimmte Arten von Praktika absolviert haben oder nicht. Entsprechend gibt es eine sehr hohe Konkurrenz unter den Studierenden um bestimmte Praktikaplätze. Für die Bourgeoisie dienen aber die Praktika meistens zur Einstellung von billigen und öfters sogar unbezahlten Arbeitskräften. So werden in regelmäßigen Perioden neue PraktikantInnen angestellt, die gering bzw. nicht entlohnt werden, obwohl sie unmittelbar an der Produktion beteiligt sind und dementsprechend einen Mehrwert produzieren. Also lautet unsere Forderung: *PraktikantInnen, die die gleiche Arbeit leisten, wie die anderweitig angestellten ArbeiterInnen, soll der gleiche Lohn und die die gleichen sozialversicherungsrechtlichen Bedingungen zustehen! Für die gewerkschaftliche Organisierung der PraktikantInnen!*
- Die Rechtsgleichheit innerhalb einer Klassengesellschaft ist eine leere Illusion. Obwohl das bürgerliche Recht sich als Verteidiger der Chancengleichheit ausgibt, mußten sogar bürgerliche Institutionen in ihren Studien zugeben, daß Klassenherkunft/Klassenzugehörigkeit eine zentrale Rolle bei der Bildung spielt und daß der Weg einer „erfolgreichen“ Bildung durch die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse im großen begrenzt ist. Trotz dieser Klassenunterschiede, die erhebliche Folgen für den Bildungsweg eines Menschen haben, sollen aber – und das unterstützen auch diverse linke Strömungen – ungeachtet der Klassenunterschiede alle so behandelt werden, als ob sie unter den gleichen gesellschaftlichen Bedingungen leben würden. Da jedoch die gesellschaftlichen Bedingungen nicht gleich sind, können auch die Chancen nicht gleich sein. Und diejenigen als Gleiche behandeln, die nicht gleich sind, ist die größte Ungleichheit. Die Forderung nach Chancengleichheit in der Bildung ist eine reformistische Forderung, die das bürgerliche Recht legitimiert und Illusionen hervorruft, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, die ja geradezu durch ihre Ungleichheiten gekennzeichnet ist, sei eine Chancengleichheit möglich. Unsere Aufgabe sollte deswegen darin bestehen, die Klassegegensätze sichtbar zu machen und die Studierenden auf die Seite des Proletariats zu bringen. Also lautet unsere Forderung: *Nicht Chancengleichheit, sondern Chancenungleichheit zugunsten der Unterdrückten und Ausgebeuteten unter den Bedingungen des Kapitalismus!*

- Die Ungleichheiten an den Universitäten der kapitalistischen Gesellschaft drücken sich auch in Form einer Ungleichheit zwischen einheimischen und migrantischen Studierenden aus. Die große Mehrheit der migrantischen Studierenden sieht sich einem anderen gesellschaftlichen System gegenüber. Es sind dabei nicht nur die sprachlichen Probleme, welche sie mittels großangelegter Sprach- und Eignungsprüfungen überwinden müssen. Sie sehen sich auch einer anderen kulturellen und Bildungswirklichkeit gegenüber. Ihre Gleichstellung mit einheimischen Studierenden sichert dabei die effektivere Selektion unter ihnen. Die Situation derjenigen migrantischen Studierenden, die während ihres Studiums (häufig schwarz) arbeiten müssen, ist dabei wesentlich schlechter. Zwei Forderungen, die man daraus entwickeln könnte, wären zum einen Sonderregelungen für migrantische Studierende, wie z.B. die Erhöhung der Frist für das Zwischendiplom/die Zwischenprüfung oder aber auch die Erhöhung der Anzahl von Wiederholungsprüfungen. Zum anderen sollte man die Arbeitszeitbegrenzung für migrantische Studierende (also diejenigen, die an den Hochschulen eingeschrieben sind) sowie die Aufhebung des Arbeitsverbots für MigrantInnen fordern, die sich in Sprachkursen auf die Universitätsausbildung vorbereiten.

## 2. Migration

Wie im allgemeinen die Forderungen der *Marxistischen Initiative* bezüglich der Unterdrückten problematisch ist, so ist auch die Forderung bezüglich der MigrantInnen problematisch. Migration spielt spezifisch für Deutschland eine besondere Rolle und ist ein Thema, welches ständig zur Diskussion steht. Sie ist nicht nur für die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft, sondern auch für ihre Überwindung, d.h. für die Revolution in Deutschland von zentraler Bedeutung. Nicht nur diese Tatsache, sondern auch die, dass die MigrantInnen von der Bourgeoisie dazu benutzt werden, die Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse zu zerschlagen, macht es notwendig, sich nicht nur Gedanken darüber zu machen, was denn nun die Migration für die kapitalistische Gesellschaft darstellt, sondern auch zu versuchen, auf die Fragen wie und wo sich die MigrantInnen organisieren sollten, Antworten zu finden. Die Forderungen, die im Aktionsprogramm aufgeführt sind, geben nicht nur keine Antwort auf diese Fragen, sie zeichnen zudem durch erhebliche Probleme aus.

Angesichts der Bedeutung der Migration für Deutschland sind Forderungen wie z.B. die "Förderung des kulturellen Lebens von Minderheiten" (was das auch immer bedeuten soll) nicht ausreichend. Daneben stellt nicht nur diese, sondern auch die Forderung nach "sozialer Integration" (was das sein soll, wird auch nicht erklärt) eine bürgerlich-demokratische Forderung dar. Während die "Förderung des kulturellen Lebens von Minderheiten" eine andere bzw. umschriebene Variante des "Multikulti" andeutet, ist auch die Bestimmung der "sozialen Integration" nicht vorhanden. Sollten sich die Migranten etwa in das bestehende, also das kapitalistische System integrieren? Und entspricht dies nicht den Forderungen der bürgerlichen Parteien/Organisationen/Bewegungen, die immer wieder die Notwendigkeit einer Integration betonen? Worin unterscheidet sich also diese Forderung der *Marxistische Initiative* in dieser Hinsicht von den bürgerlich-demokratischen Forderungen?

Wir gehen davon aus, dass Migration ein Unterdrückungsverhältnis darstellt, dessen Grundlage die kapitalistische Gesellschaft ist. Als Arbeitskräfte in den jeweiligen Ländern angekommen, sind MigrantInnen nicht nur rechtlich, sondern allgemein gesellschaftlich vom Bestehenden ausgeschlossen, so dass ihr Leben durch eine Ungleichheit gekennzeichnet ist. Bei Migration muss zum einen beachtet werden, dass Veränderungen in der Klassenlage von bestimmten Gruppen wahrscheinlich sind, so dass z.B. der Bauer/die Bäuerin im Herkunftsland zum/zur ArbeiterIn im Ankunftsland wird. Zum anderen aber ist auch eine



Veränderung der Klassenlage im Ankunftsland wahrscheinlich, so dass z.B. der/die migrantische ArbeiterIn zum Kleinbürger aber auch zum Arbeitslosen werden könnte. Doch Migration gibt es nicht nur in der Form der Migration von Arbeitskräften. Migration findet auch im Rahmen von Wissenschaft (z.B. Studierende), qualifizierte Arbeitskräfte,<sup>16</sup> Flucht, Asyl u.a. statt. Doch die grundlegende Form der Migration ist die Arbeitsmigration.

Die Migrationsprozesse werden dabei durch vielfältige Faktoren beeinflusst. Dazu gehören (frühere) koloniale Bindungen, aber auch gezielte Anwerbungen von Arbeitskräften; multinationale Unternehmen, die im Rahmen der Internationalisierung der Produktion mobile Arbeitskräfte hervorbringen und überdies mit neuen Produktionsstandorten im Ausland die Verbindung zwischen Kapital exportierenden und den Kapital importierenden Ländern herstellen; die durch internationale Organisationen (z.B. IWF, WTO) aufgezwungenen Programme, die die Armen belasten und so zur (nationalen oder internationalen) Migration führen; Freihandelsabkommen, die nicht nur die Mobilität von Kapital, Dienstleistungen und Informationen, sondern auch die Mobilität der Arbeitskräfte fördern; schließlich gehören Kriege zu den Faktoren, die zur Migration zwingen. Die Migration ist also eingebettet in ökonomische, politische sowie ethnische Systeme.<sup>17</sup>

Während die Nationalstaaten, vor allem die der Europäischen Union, Nordamerikas, sowie Japan sich darüber einig sind, dass die Grenzkontrollen für Kapital, Informationen und Dienstleistungen aufgehoben und damit den kapitalistischen Interessen der Weg geebnet werden sollte, beanspruchen sie ihr souveränes Recht, ihre Grenzen zu kontrollieren, wenn es um die MigrantInnen und Flüchtlinge geht. Innerhalb der EU entsteht dabei ein Migrationsregime, das dadurch gekennzeichnet ist, die ungewollten MigrantInnen an den Grenzen der EU aufzufangen und in „Auffanglagern“<sup>18</sup> zu internieren, wo dann auch eine entsprechende Selektion stattfinden soll. Denn seit 1990 umfasst die Migration zur EU eine aktive Auswahl der MigrantInnen. Schließlich sollten die ArbeiterInnen des Ostblocks nach der kapitalistischen Restauration in den europäischen Arbeitsmarkt „integriert“ werden. Dieser Prozess formte sich entsprechend den Bedürfnissen des Kapitals. Dabei setzen nationale Gesetze sowie internationale Abkommen vor allem auf diejenigen Arbeitskräfte, die ein hohes Bildungsniveau oder Kapital besitzen und so in besonderem Maße zur Wertschöpfung beitragen können; die sich durch hohe Flexibilität ausweisen und vermutlich im Bereich High-Tech beschäftigt sind und nach getaner Arbeit wieder zurückkehren. Also handelt es sich vor allem um Arbeitskräfte, die einen erheblichen Gewinn für das Kapital des Ziellandes bedeuten.

Im Gegensatz zum Wettbewerb um die qualifizierten migrantischen Arbeitskräfte gibt es gering- bzw. unqualifizierte Arbeitskräfte, die in den Ankunftsändern unter den schlimmsten

---

16 die sich von billigen Arbeitskräften in mehrere Hinsicht unterscheiden. So haben sie z.B. einen höheren Status nicht nur Hinsichtlich der (Aus-)Bildung, sondern auch hinsichtlich des Entscheidungsspielraums zu emigrieren. Daneben leben sie in den Ankunftsändern unter relativ besseren Umständen als die billigen Arbeitskräfte, wobei dies nicht bedeuten soll, dass sie bei allen gesellschaftlichen Bereichen den Einheimischen gleichgestellt sind. Daneben sind auch sie rassistischen Gefahren genauso ausgesetzt sind wie alle anderen MigrantInnen

17 so stammen z.B. 60 Prozent der MigrantInnen in Großbritannien aus den früheren Kolonien oder Commonwealth-Ländern in Asien und der Karibik. Der europäische Anteil innerhalb der MigrantInnen ist sehr gering und besteht zu einem großen Teil, bis zu drei Vierteln, aus Irländern, d.h. der Bewohner der früheren Kolonie Irland. In Frankreich sieht es nicht viel anders aus. Fast alle MigrantInnen aus Algerien leben in Frankreich. Dazu kommen 86 Prozent der aus Tunesien und 61 Prozent der aus Marokko stammenden MigrantInnen. Und in Deutschland sehen wir hauptsächlich einen Migrationsstrom, der einer Dynamik von Arbeitskräfte importierenden und exportierenden Ländern folgt

18 so sollen nach einem Vorschlag von Otto Schily „Auffanglager“ für Flüchtlinge in Nordafrika errichtet werden, wobei die europäischen Innenminister bei der Diskussion eines entsprechenden Plans im Oktober 2004 keine grundsätzliche Abneigung gegen diese Idee hatten, vgl. *Freitag* vom 04.03.2005

Bedingungen arbeiten müssen. Einen Teil von ihnen bilden die undokumentierten MigratInnen, denen im Einklang miteinander der Kampf angesagt wurde. Sie sind es vor allem, die das Objekt der staatlichen Migrationsbekämpfung sind. Sie sind jedoch auch willkommen und werden gebraucht. Sie arbeiten ohne Sozial- und Krankenversicherung für niedrige Löhne (vor allem auf dem Bau und im Dienstleistungssektor, z.B. im Gastgewerbe oder im Haushalt) und sind somit Bestandteil des Niedriglohnssektors. Tatsächlich sind es eher die MigrantInnen als die einheimischen ArbeiterInnen, die die schlecht bezahlten, unqualifizierten und prekären Jobs wahrnehmen.

Es gibt politische Organisationen sowohl der einheimischen arbeitenden Klasse als auch die der migrantischen Schicht der Arbeiterklasse, die sich mit Forderungen hervortun. Während sich diese Forderungen größtenteils auf einer reformistischen Linie befinden, kann man gleichzeitig erkennen, dass auch die migrantischen Forderungen einer Assimilation unterworfen sind. So z.B. die Forderung nach Integration, die nicht nur von diesen beiden Seiten, sondern auch von staatlicher Seite<sup>19</sup> betont wird und im Grunde nichts anderes beinhaltet als Assimilation. Dieser Misere der reformistischen Linie, die über den bürgerlich-demokratischen Rahmen nicht hinausgeht, entsprechen auch Lösungsvorschläge, den „Zustrom von Arbeitskräften“ zu begrenzen und somit das Problem auf die nationalen Grenzen zu reduzieren.<sup>20</sup> Dabei ist weder die Forderung nach Integration noch die Begrenzung des „Zustroms der Arbeitskräfte“ in der Lage, die Probleme zu lösen. Nicht Integration, sondern die gemeinsame Umwerfung der bestehenden kapitalistischen Unterdrückungsverhältnisse durch die Unterdrückten selber ist die Lösung. Die Forderungen, die sich in einem bürgerlich-demokratischen Rahmen bewegen – z.B. die Forderungen nach gleichem Recht – sind zwar wichtig, erlangen jedoch erst dann eine Bedeutung, wenn sie sich nicht mit diesem Rahmen begrenzen und an das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft angebunden werden. Schließlich ist eine tatsächliche Verwirklichung dieser Forderungen – was den bürgerlich-demokratischen Rahmen sowieso sprengen würde und insofern innerhalb dieses Rahmens nicht verwirklicht werden könnte – nur in einer Gesellschaft möglich, in der es keine Unterdrückungsverhältnisse mehr gibt.

Aus dieser Perspektive ergibt sich die Notwendigkeit der Einheit aller Unterdrückten, d.h. eine Einheit der migrantischen und einheimischen Unterdrückten, die nicht nur die Spaltungen innerhalb ihnen überwinden soll, sondern die auch ein entscheidender Punkt ist, um die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse umzuwerfen. Nicht der Kampf der Unterdrückten gegeneinander, die die Politiken der reformistischen Organisationen und Parteien durchzieht, sondern einzig die Einheit der Unterdrückten wird in der Lage sein, den Kampf gegen das Kapital zu richten. Schließlich sind die Spaltungen innerhalb der Unterdrückten eine willkommene Gelegenheit für das Kapital, weiterhin seine Profite einzustreichen, während die Unterdrückten mittels gegensätzlicher Kategorien (fremd-einheimisch) Schuldzuweisungen gegeneinander aufstellen. Nicht die Aufstellung solcher gegensätzlicher Kategorien, sondern konkrete gemeinsame Klasseninteressen sollten die Grundlage des Kampfes sein. Nicht zuletzt sind die migrantischen ArbeiterInnen oft genug als der Grund der hohen Arbeitslosigkeit lanciert worden, die eigentlich schon längst einen

---

19 wobei z.B. Otto Schily die Assimilation als die beste Integration bezeichnet hat, vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 27.06.2002. Auf die Frage, wann die Integration als gelungen gelten könne, sagt er in einem Interview: „Wenn die Menschen sich friedlich einfügen in die Gesellschaft und in guter Nachbarschaft zusammenleben. Es gibt sehr verschiedene Formen der Integration, und ich bin furchtbar gescholten worden, weil ich auch die Assimilation dazugerechnet habe. Assimilierung ist nicht verboten und gewissermaßen die gelungenste Form der Integration, weil dann die scharfen Kanten der Ethnien nicht mehr so stark hervortreten.“, Interview durchgeführt von der *Süddeutschen Zeitung* am 03.08.2005

20 vgl. z.B. das Interview mit Oskar Lafontaine in *Junge Welt* vom 15.11.2005, wo er sich für eine Begrenzung des „Zustroms der Arbeitskräfte“ ausspricht

chronischen Zustand erreicht hat und deren Ursachen im Kapitalismus selber liegen. Die chronische Arbeitslosigkeit bildet schließlich einen wichtigen Nährboden für faschistische Bewegungen, obwohl die Arbeitslosigkeit unter den MigrantInnen höher ist als bei den Einheimischen. Daraus folgt dann schließlich die Notwendigkeit einer ArbeiterInneneinheitsfront, die nicht nur den Kampf gegen das Kapital führt, sondern auch die bürgerliche Ideologie in ihren nationalistischen, rassistischen und faschistischen Formen offenlegt und bekämpft.

### III.

Während sich die vorangegangene Kritik und Darstellung vor allem auf die von der *Marxistischen Initiative* veröffentlichten oder uns zugänglich gemachten Texten basiert, wird sich die folgende Kritik und Darstellung des Organisationsverständnisses der *Marxistischen Initiative* vor allem auf unsere Gespräche mit Mitgliedern der Gruppe stützen, weil die Gruppe fast überhaupt keine schriftlich zugänglichen Texte hat, die das Problem der Organisation behandeln.<sup>21</sup>

Wie wir sehen werden, scheinen sich unsere Anschauung von der leninistischen Organisation und die der *Marxistischen Initiative* voneinander zu unterscheiden. Wir sind der Meinung, dass wenn eine Organisation sich in einer Phase befindet, in der sie in der Lage ist, programmatische Elemente, hier sogar ein "Aktionsprogramm" zustande zu bringen, sie auch eine klare Strategie bezüglich des Aufbaus einer leninistischen Organisation bestimmen muss. Wie es uns scheint, hat die *Marxistische Initiative* ohne die strategischen Schritte einer Organisation bestimmen zu haben, schon die taktischen Schritte bestimmt (dies drückt sich auch darin aus, dass man zum Beispiel zwischen Führern ersten und zweiten Ranges unterscheidet).

Wenn z.B. in dem *Entwurf für ein Marxistisches Aktionsprogramm* steht, dass man als ersten Schritt der Organisierung der "Kommunistischen Partei des Proletariats" "die klassenkämpferisch orientierten Marxisten in Deutschland sammeln"<sup>22</sup> will, so bleibt für uns unklar, was damit gemeint ist. Will man damit auf die Notwendigkeit hinweisen, dass die Aufbauphase der Organisation wesentlich auf der Organisierung und Schulung von Kadern beruht oder will man lediglich ein Sammelbecken für "Marxisten" sein. Während die *Marxistische Initiative* auf der einen Seite die "Marxisten" sammeln will, will sie auf der anderen Seite auch eine Massenpartei werden. Wie sie aber den Zusammenhang zwischen diesen Prozessen herstellen will bzw. wie sie die Partei aufbauen will, welche konkreten Schritte dafür zu machen sind, bleibt aber offen. Ohne diesen Zusammenhang und die daraus folgenden Schritte zu erklären, hat sie aber entsprechend der angenommenen Satzung das Prinzip des demokratischen Zentralismus für die Funktionsweise der Organisation bestimmt. Dieses Prinzip ist aber, wie auch ihre Kader selber betonen, entsprechend der gegenwärtigen Situation, in der sich die Organisation befindet, nicht durchführbar und wird dementsprechend nur auf dem Papier geschrieben bleiben.

In diesem Zusammenhang sehen wir einen Unterschied zwischen uns und der *Marxistischen Initiative* bezüglich der Betrachtung des Entstehungs- und Entwicklungsprozesses der leninistischen Organisation. Während die *Marxistische Initiative* die Beschaffenheit und die Form der Organisation während der Aufbauphase an "den objektiv erreichten Stand der

---

<sup>21</sup> Der einzige Text, der dieses Problem einigermaßen umfassend behandelt, ist von Peter Feist, *Über den dialektischen Zusammenhang von Führung, Partei und Massen*

<sup>22</sup> *Entwurf für ein Marxistisches Aktionsprogramm*, S. 3

Demokratie in der umgebenden Gesellschaft”<sup>23</sup> festmacht, sind wir uns zwar darüber bewusst, dass die von der bürgerlichen Demokratie zur Verfügung gestellten Möglichkeiten erschöpft werden sollten, man sich aber immer darüber bewusst sein sollte, dass die Demokratie letztlich eine der Herrschaftsformen des Kapitalismus ist, der man nicht ohne Bedenken vertrauen sollte. D.h. unabhängig von den bürgerlichen Herrschaftsformen (sei es die parlamentarische Demokratie, eine militärische Diktatur oder der Faschismus) muss die Organisation nach Wegen suchen, um ihre eigene Kontinuität zu gewährleisten. Der elementare Schritt auf diesem Weg besteht unserer Meinung nach darin, dass der Kern bzw. die Führung der Partei illegal ist: “Die leninistische Organisation benutzt [...] die legalen und illegalen Methoden auf einer dialektischen Weise miteinander und macht die eine oder andere nicht zur einzigen Methode. Doch der Kern der Organisation, die Einheiten mit besonderen Aufgaben und der Netz der Beziehungen ist auf jeden Fall illegal. Obwohl die leninistische Organisation ein Netz illegaler Organisation besitzt, bedeutet das nicht, dass diese Form die permanente Geheimhaltung der Kader bedingt oder dass keine Aktivitäten durchgeführt werden sollen. Alle Bereiche, in denen Ausbeutungs- und Unterdrückungszustände vorzufinden sind, sind Arbeitsgebiete der leninistischen Organisation.” (Unsere Broschüre vom Dezember 2004)

Natürlich ist unsere Kritik nicht auf die oben erwähnten Punkte begrenzt. Wir hoffen jedoch, dass wir nicht nur die hier zur Sprache gebrachte Kritik, sondern auch die ungewählten Punkte in unseren zukünftigen Diskussionen näher miteinander austauschen können und wollen zum Schluss mit unserer Broschüre vom Dezember 2004 nochmal darauf hinweisen, wie wir die Aufbauphase der leninistischen Organisation betrachten:

“Die Organisation, die die Aufgabe hat, die Partei aufzubauen, ist dazu angehalten, die Phase davor so zu entwickeln, dass die ideologische Beschaffenheit erweitert, mit den Aktivitäten die Praxis der Politik entwickelt wird, neue Kader gewonnen und vorhandene verbessert werden. In dieser Phase sollte die Organisation nicht den idealistischen Weg einschlagen, die ideologischen, politischen und praktischen Aufgaben nacheinander zu verwirklichen. Auf der Grundlage der Arbeitsteilung sollte versucht werden, all diese Aufgaben zu erfüllen. Denn diejenigen, die versuchen, diese Aufgaben nacheinander zu verwirklichen, haben sich von der dialektischen Methode verabschiedet und sind nicht mehr weit entfernt von nicht-leninistischen Organisationsformen.

Diejenigen, die versuchen, innerhalb der Vorbereitungsphase einzig ihre ideologischen Aufgaben zu verwirklichen, entfernen sich von der praktischen Politik und werden zu einer beschränkten, von der Arbeiterklasse und den Unterdrückten abgesonderten Intellektuellen- oder Studentenbewegung. Diese Situation selber führt dazu, dass sogar die ideologischen Aufgaben nicht verwirklicht werden. Auf der anderen Seite wird eine Organisation, die so viele praktische Aufgaben auf sich nimmt, die sie nicht alle erfüllen kann, sich auf einer auf die Praxis beschränkten Linie wieder finden. Diejenigen schließlich, die so handeln, als ob sie eine Partei wären und bei allen politischen Entwicklungen der Bourgeoisie entgegen müssten, obwohl ihre Kraft dazu nicht ausreicht, bei denen werden die Kader zu Journalisten und die Organisation zu einem Zeitschriftenzirkel.

Aufgrund des Vorhandenseins all dieser Gefahren sollten die ideologischen, politischen und praktischen Aufgaben auf einer unzertrennlichen Weise miteinander verknüpft werden. Doch sollten innerhalb der Vorbereitungsphase die Kader nicht versuchen, einzeln all diese Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen. Die Verantwortung dafür liegt als ganzes bei der Organisation. Von der Gesamtzahl der Aufgaben sollte jeder einzelner Kader den Teil auf sich nehmen, der auf ihn zukommt.”

---

23 Peter Feist, *Über den dialektischen Zusammenhang von Führung, Partei und Massen*, S. 125